

Auf dem Weg der Besserung?



Fortschritte und Hindernisse bei der Umsetzung der EU-2020-Strategie für die biologische Vielfalt – Periode 2010 bis 2012



Impressum

© 2012, NABU-Bundesverband

Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.
www.NABU.de

Charitéstraße 3
10117 Berlin

Tel. 030.28 49 84-0
Fax 030.28 49 84-20 00
NABU@NABU.de

Text: Konstantin Kreiser
Redaktion: Melanie Ossenkop
Gestaltung: Christine Kuchem (www.ck-grafik-design.de)
Bezug: Die Broschüre steht zum Download auf
www.NABU.de/downloads/eu-biodivbericht2012.pdf
Art.-Nr. 5116

Bildnachweis: Titel klein v. l. n. r.: Blickwinkel/I. Weber, Pixelio/www.JenaFoto24.de, Fotolia/S. Hoppe; S. 3: NABU/S. Sczpanski, L. Khil (u.); S. 4: igreen/J. Fieber; S. 5: NABU/Hoffotografen; S. 6: S. Szczepanski; S. 10: Blickwinkel/McPHOTO; S. 12: Waldhäusl/Panthermedia/R. Friedrich; S. 14: Fotolia/visdia; S. 15: NABU/R. Buchta; S. 18: NABU/G. Ostermann; S. 19: iStockphoto/M. Mnich; S. 20: picture alliance/dpa/L. Gejl Biofoto; S. 21: Blickwinkel/McPHOTO (l.), Marine Photobank/D. Peak (r.); S. 22: Arco Images/NPL/V. Munier; S. 23: NABU/P. Reufsteck; S. 25: iStockphoto/Vaara; U4: W. Schön

Diese Publikation basiert auf dem ausführlichen Bericht *On the road to recovery? BirdLife assessment of progress on the EU 2020 biodiversity strategy* von BirdLife Europe und der Royal Society for the Protection of Birds (RSPB), dem BirdLife-Partner in Großbritannien. Sie wurde von der Europäischen Union kofinanziert. Die alleinige Verantwortung liegt beim Autor. Die Europäische Kommission ist nicht verantwortlich für jedwede Verwendung der hier enthaltenen Informationen.

Die englische Originalfassung mit zahlreichen Fallbeispielen und Einzelbewertungen der EU-Länder steht zum Download auf www.birdlife.org/eubiodiversityreport2012



Gemeinsam für die Natur: Machen Sie mit! Werden Sie NABU-Mitglied, spenden Sie für unsere Naturschutzprojekte. www.NABU.de



Inhalt

Vorwort: Naturschutz sichert Zukunft	5
Europas Strategie zur Rettung der biologischen Vielfalt	6
2012: die EU am Scheideweg	7
Einzelziel 1	
Vollständige Umsetzung der Vogelschutz- und der FFH-Richtlinie	9
Einzelziel 2	
Erhaltung und Wiederherstellung von Ökosystemen und Ökosystemdienstleistungen	13
Einzelziel 3	
Erhöhung des Beitrags von Land- und Forstwirtschaft zur Erhaltung und Verbesserung der Biodiversität	16
Einzelziel 4	
Sicherstellung der nachhaltigen Nutzung von Fischereiressourcen	20
Einzelziel 5	
Bekämpfung invasiver gebietsfremder Arten	22
Einzelziel 6	
Erhöhung des Beitrags der EU zur Vermeidung des globalen Biodiversitätsverlustes	24
Tipps zum Surfen und Weiterlesen	26







Naturschutz sichert Zukunft

Die Weltgemeinschaft hatte sich vorgenommen, den dramatischen Rückgang von Pflanzen, Tieren und ihren Lebensräumen bis zum Jahr 2010 zu verlangsamen beziehungsweise zu stoppen. Dieses Ziel wurde deutlich verfehlt, auch bei uns in Europa. Nur 17 Prozent der nach EU-Recht besonders geschützten Lebensraumtypen und Arten wird aktuell ein guter Erhaltungszustand attestiert. Obwohl wir beim Schutz einzelner Arten durchaus Erfolge vorweisen können, reichen diese nicht aus, um die Schäden einer falschen EU-Agrar- und Fischereipolitik wettzumachen. Zudem fehlt es nach wie vor am politischen Willen, bewährte Naturschutzinstrumente konsequent einzusetzen und finanziell ausreichend auszustatten. Auf der internationalen Ebene geben die Europäer allerdings auch wichtige Impulse für den Schutz der Biodiversität. Im Herbst 2010, auf der zehnten Vertragsstaatenkonferenz der UN-Konvention über die biologische Vielfalt im japanischen Nagoya, einigten sich 193 Regierungen auf einen neuen strategischen Plan zur Rettung der biologischen Vielfalt. Bis 2020 soll der Artenschwund nun nicht nur gestoppt, sondern auch die Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme in Angriff genommen werden. Wenig später verabschiedeten die EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament auf Vorschlag der Europäischen Kommission eine neue EU-Biodiversitätsstrategie bis 2020. Deutschland besitzt bereits seit 2007 eine nationale Strategie zur biologischen Vielfalt.

Die Wissenschaft zeigt uns immer deutlicher, wie sehr das Wohlergehen von Gesellschaft und Wirtschaft von einer intakten, artenreichen Natur abhängig ist. Nichtstun wird für uns und kommende Generationen wesentlich teurer werden als entschlossenes Handeln für den Naturschutz. Gerade wer jetzt, wie die deutsche Bundesregierung, einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Haushalten anmahnt, kann nicht länger zulassen, dass Steuergelder für umweltschädliche Subventionen verschleudert werden. Europa leistet sich zweifelhafte Agrarsubventionen von fast 60 Milliarden Euro jährlich, mit massiven Folgekosten für die Sanierung von Boden, Gewässern und Artenvielfalt. Die angemessene Unterhaltung des einzigartigen Natura-2000-Netzwerks, das fast ein Fünftel der Landfläche der EU ausmacht, würde dagegen nur sechs Milliarden Euro



kosten. Dennoch ist die Politik bislang nicht bereit, diese Kosten auch nur annähernd zu decken. Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise sollten wir als Chance zum Umsteuern nutzen. Um seine Handlungsfähigkeit und seinen Wohlstand dauerhaft zu sichern, muss Europa konsequent eine klima- und ressourcenschonende Wirtschaftspolitik umsetzen und in die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt investieren.

Mit der vorliegenden Analyse bewertet der NABU gemeinsam mit seinem Dachverband BirdLife International, wie die EU die vergangenen zwei Jahre seit dem Nagoya-Gipfel für die biologische Vielfalt genutzt hat, ob sie bei der Umsetzung ihrer 2020-Strategie im Plan liegt und welche Schritte bis 2014 getan werden müssen. Der Bericht ergänzt den im Juni 2012 vorgelegten NABU-Masterplan 2020, der bereits Prüfsteine für Politik und Wirtschaft auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene aufstellt. Die Vielfalt von Arten und Lebensräumen sichert unsere Zukunft. Lassen Sie uns jetzt entschlossen für den Naturschutz handeln!

Olaf Tschimpke
NABU-Präsident

Europas Strategie zur Rettung der biologischen Vielfalt

Die Weltgemeinschaft hat sich anspruchsvolle Ziele für den Kampf gegen Artensterben und Naturzerstörung gesetzt. Im japanischen Nagoya verabschiedeten die Vertragsstaaten der UN-Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) im Jahr 2010 hierfür einen „strategischen Plan“ mit zwanzig Zielvorgaben, die bis zum Ende des Jahrzehnts erreicht werden sollen, die sogenannten „Aichi-Targets“ (CBD 2010). Um diesen Verpflichtungen nachzukommen, verabschiedete die Europäische Union eine eigene Strategie (Europäische Kommission 2011). Bis 2050 will sie die biologische Vielfalt, ihr „Naturkapital“, wiederhergestellt haben, „um katastrophale Veränderungen abwenden zu können“ – so die 2050-Vision in der EU-Strategie zur biologischen Vielfalt (Europäische Kommission 2011). Als Leitziel bis 2020 bestimmten die Staats- und Regierungschefs und das Europäische Parlament das „Aufhalten des Verlustes an biologischer Vielfalt und der Verschlechterung der Ökosystemdienstleistungen in der EU und deren weitestmögliche Wiederherstellung bei gleichzeitiger Erhöhung des Beitrags der Europäischen Union zur Verhinderung des Verlustes an biologischer Vielfalt weltweit“. Für die Umsetzung dieses sogenannten 2020-Ziels wurden wiederum sechs Einzelziele und zwanzig Maßnahmen definiert.

NABU und BirdLife International werden die Umsetzung der EU-Strategie mit regelmäßigen Fortschrittsberichten begleiten, um die Politik rechtzeitig auf Missstände aufmerksam zu machen. Die Bilanz des vorhergegangenen EU-Aktionsplans zur biologischen Vielfalt für 2010 hatte gezeigt, dass ein wesentlicher Grund für dessen Scheitern in der mangelhaften oder verspäteten Umsetzung von Maßnahmen, insbesondere im Bereich der EU-Agrar- und Fischereipolitik, lag (Europäische Kommission 2010, BirdLife International 2010).

Anlässlich der elften Konferenz der CBD-Vertragsstaaten im indischen Hyderabad im Oktober 2012 analysiert der vorliegende Bericht, wo die EU und ihre 27 Mitgliedstaaten zwei Jahre nach den Beschlüssen von Nagoya stehen und welche Etappenziele bis 2014 erreicht sein müssen, um im Plan zu bleiben.

Wichtigster Indikator für Erfolg oder Misserfolg der EU-Biodiversitätsstrategie ist die Verschlechterung oder Verbesserung des Erhaltungszustands von Arten und Lebensräumen (European Environmental Agency 2010). Verlässliche neue Daten werden hierzu erst im Jahr 2014 vorliegen. Die Analyse konzentriert sich daher auf Maßnahmen, die seit 2010 auf EU-Ebene ergriffen oder versäumt wurden. Die laufenden Verhandlungen über die EU-Haushalts-, Agrar-, Regional- und Fischereipolitik für die Jahre 2014 bis 2020 spielen hierbei eine wesentliche Rolle. Die Autoren bewerten außerdem Fortschritte und Probleme in den einzelnen EU-Mitgliedsländern, vor allem bei Aufbau und Unterhaltung des Natura-2000-Schutzgebietsnetzes (detaillierte Informationen hierzu im englischen Originalbericht).

Deutschland trägt für die biologische Vielfalt auch jenseits seiner Grenzen eine besondere Verantwortung. Die Bundesregierung und die deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments haben einen großen Einfluss auf die Entscheidungen, die in Brüssel gefällt werden und die europa- und sogar weltweite Auswirkungen haben. Außerdem muss Deutschland neben der EU-Strategie auch die eigene nationale Strategie zur biologischen Vielfalt umsetzen. Die vorliegende Analyse greift daher auch zahlreiche Beispiele aus Deutschland auf und zitiert Forderungen an Bund und Länder aus dem Masterplan 2020, dem NABU-Aktionsplan für die biologische Vielfalt in Deutschland (NABU 2012a).





2012: die EU am Scheideweg

Die nachfolgende Tabelle zeigt Status und Trend der EU anhand der sechs Einzelziele der EU-Biodiversitätsstrategie. Einerseits wird der Weg eingeschätzt, der in den vergangenen zwei Jahren zurückgelegt wurde, andererseits einzelne Maßnahmen und Entwicklungen. Deutlich wird, dass die EU, abgesehen von der eigentlichen Naturschutzpolitik (Einzelziel 1), noch ganz am Anfang steht (Einzelziele 2 bis 6). Die für Umwelt- (Einzelziele 1, 2, 5) und Meeresschutz (Einzelziel 4) zuständigen Ressorts der Europäischen Kommission haben bereits mit der Umsetzung der Strategie begonnen. Die zaghaften Reformvorschläge zur Agrarpolitik trafen dagegen auf massiven Widerstand von Lobbyisten und Regierungen. An ihrer Realisierung bestehen daher aktuell Zweifel.

Auch beim Schutz der Wälder geht es auf EU-Ebene kaum voran (Einzelziel 3). Zudem scheint die Finanz- und Wirtschaftskrise die Staaten derart zu lähmen, dass die umweltpolitische Vorreiterrolle der EU auf globaler Ebene ins Wanken gerät (Einzelziel 6).

Von fundamentaler Bedeutung für das Erreichen des 2020-Ziels sind die aktuell anstehenden Entscheidungen zur EU-Agrar-, Fischerei- und Regionalpolitik sowie zur Verwendung der EU-Gelder insgesamt, da sie bis zum Ende des Jahrzehnts in Kraft bleiben werden (NABU 2011). Der nächste Fortschrittsbericht von BirdLife und NABU kann daher besser oder aber wesentlich schlechter ausfallen.

Einzelziele der EU-Strategie (entsprechende Ziele der globalen CBD (Aichi-Targets))	Status 2012/ Trend 2010 – 2012	Kurzanalyse wichtiger Maßnahmen und Entwicklungen seit 2010 + Fortschritte 0 Stagnation beziehungsweise heterogenes Bild – Rückschritte
1. Vollständige Umsetzung der EU-Vogelschutz- und der FFH-Richtlinie (Aichi-Targets 11, 12)		<ul style="list-style-type: none"> + EU-Naturschutzrichtlinien und Artenschutzmaßnahmen zeigen Wirkung + EU-Fahrplan gegen illegale Vogeljagd liegt vor + Vorschläge für integrierte Natura-2000-Finanzierungspläne liegen vor + Natura-2000-Gebietsausweisung an Land ist weit fortgeschritten 0 Natura-2000-Gebietsausweisung auf See hat noch große Lücken 0 Natura-2000-Managementpläne (Entwicklung und Umsetzung) werden nur in einigen Mitgliedstaaten konsequent vorangetrieben – Große Mängel bei der Umsetzung und Kontrolle von EU-Naturschutzrecht – Unzureichender EU-Budgetvorschlag 2014 bis 2020 für die Finanzierung von Natura 2000 – Wirtschaftskrise verstärkt Stimmungsmache gegen Naturschutz und verleitet zur Förderung umweltschädlicher Investitionen
2. Erhaltung und Wiederherstellung von Ökosystemen und Ökosystemdienstleistungen (Aichi-Targets 5, 14, 15)		<ul style="list-style-type: none"> + EU-Initiativen zur Bewertung von Ökosystemleistungen, zur Schaffung „grüner Infrastruktur“ und zur Vermeidung von Nettoverlust an Ökosystemen + Beginnende Kooperation von Naturschutz und Energiesektor sowie mit anderen Akteuren der Wirtschaft 0 EU-Budgetvorschlag 2014 bis 2020 ohne Mittel speziell für grüne Infrastruktur – Vorschläge zur EU-Regionalpolitik 2014 bis 2020 ohne klare Regeln zum Naturschutz – Einige EU-Mitgliedstaaten blockieren die EU-Boden-Rahmenrichtlinie – Unzureichende Raumplanung schadet Ökosystemen, Koordination und Kontrolle durch die EU fehlt

AUF DEM WEG DER BESSERUNG?

3. Erhöhung des Beitrags von Land- und Forstwirtschaft zur Erhaltung und Verbesserung der Biodiversität (Aichi-Targets 3, 7, 8)	 	<ul style="list-style-type: none"> + Einige erfolgreiche Agrarumweltmaßnahmen haben ihre Wirksamkeit für die biologische Vielfalt bewiesen 0 Kommissionsvorschlag für EU-Agrarreform 2014 bis 2020: <i>Greening</i> der Direktzahlungen (erste Säule) unzureichend – Wegen massiven Drucks von Agrarministern ist das Scheitern der Reform möglich – Vorschlag für Naturschutzförderung aus Agrarbudget (zweite Säule) unzureichend – Landwirtschaft verursacht weiter massive Umweltschäden, der Verlust von artenreichem Grün- und Ackerland schreitet fort
	 	<ul style="list-style-type: none"> + Verbesserte Datenlage zum Zustand von Waldlebensräumen dank FFH-Richtlinie, es fehlen aber grundlegende Informationen und eine EU-weite Harmonisierung von Walddaten 0 Entwicklung einer EU-2020-Waldstrategie, jedoch Zweifel an ihrer Qualität und Verbindlichkeit 0 Fehlende Leitlinien für das Konzept der nachhaltigen Waldwirtschaft 0 Kaum Fortschritte bei Schutzziele und Management von Natura-2000-Gebieten im Wald sowie bei der Ausweisung von Entwicklungsflächen für Urwälder – Zunehmender Druck auf Staatswälder zur kommerziellen Holzproduktion – Zunehmende Holznutzung zur Energiegewinnung ohne adäquate Nachhaltigkeitskriterien
4. Sicherstellung der nachhaltigen Nutzung von Fischereiressourcen (Aichi-Targets 6, 10)	 	<ul style="list-style-type: none"> + Vorschläge zur EU-Fischereireform 2014 bis 2020 mit Potenzial zur Eindämmung der Überfischung und zur finanziellen Förderung nachhaltiger Nutzung der Meere + EU-Aktionsplan gegen Seevogelbeifang wird verabschiedet 0 Fehlende effektive Strategie für den Abbau von Überkapazitäten der EU-Flotte 0 Schleppende Umsetzung von Natura 2000 auf See 0 Schleppende Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie – Starker Widerstand von Regierungen gegen die Fischereireform
5. Bekämpfung invasiver gebietsfremder Arten (Aichi-Target 9)	 	<ul style="list-style-type: none"> + EU-Gesetzesvorschläge in Vorbereitung + EU-Förderung von Datensammlung über invasive Arten – Vorschlag für LIFE-Programm 2014 bis 2020 verweigert EU-Überseeterritorien die dringend benötigte finanzielle Unterstützung, unter anderem für die Bekämpfung invasiver Arten
6. Erhöhung des Beitrags der EU zur Vermeidung des globalen Biodiversitätsverlustes (v. a. Aichi-Targets 2, 3, 4, 10, 16, 20)	 	<ul style="list-style-type: none"> + EU-Einsatz zur Verabschiedung von CBD-Strategie und Nagoya-Protokoll; Unterstützung internationaler Forschungsprojekte und -organisationen + EU-2020-Initiative zur Ressourceneffizienz + EU-Holzverordnung gegen Vermarktung illegal geschlagener Tropenhölzer 0 Mangelnder politischer Wille bei der Erhöhung der finanziellen Unterstützung von Entwicklungsländern beim globalen Biodiversitätsschutz – Kein Fortschritt beim Abbau umweltschädlicher Subventionen – EU-Bioenergiepolitik riskiert große Umweltschäden weltweit.

Bewertung von Stand und Fortschritten der EU hinsichtlich der sechs Einzelziele der EU-Biodiversitätsstrategie (BirdLife Europe 2012, verändert)

 = Auf der Zielgeraden
  = Auf halbem Weg
  = Am Anfang

 = positiv
  = stagnierend



Einzelziel 1

Vollständige Umsetzung der Vogelschutz- und der FFH-Richtlinie

Bewertung: 

Etappenziele bis 2014:

- ◆ Alle EU-Staaten haben ihre Natura-2000-Gebiete einschließlich der marinen Gebiete vollständig ausgewiesen und Managementpläne für diese entwickelt.
- ◆ Alle EU-Staaten haben prioritäre Aktionsrahmen für ihre Natura-2000-Gebiete entwickelt und alle relevanten EU-Förderprogramme danach ausgerichtet.
- ◆ Der EU-Haushalt stellt ausreichend Mittel für die Finanzierung von 75 Prozent der Natura-2000-Kosten bereit, einschließlich 15 Prozent durch das LIFE-Programm.
- ◆ Die Europäische Kommission hat die Durchsetzung des EU-Naturschutzrechts deutlich verbessert, unter anderem durch eine koordinierte und effektive Kontrolle von Natura-2000-Gebieten und eine Qualifizierungsoffensive für Mitarbeiter von Verwaltungen, Gerichten und Staatsanwaltschaften.

Was soll erreicht werden?

Die EU hat sich auf globaler Ebene dazu verpflichtet, bis 2020 auf mindestens 17 Prozent der Land- und zehn Prozent der Meeresfläche ein effektives Schutzgebietsnetzwerk zu schaffen und den Erhaltungszustand gefährdeter Arten zu verbessern (Aichi-Targets 11 und 12). Konkret will die EU doppelt so viele Lebensraumtypen und 50 Prozent mehr Arten in einen besseren Erhaltungszustand versetzen, als dies 2010 der Fall war, und zugleich jede weitere Verschlechterung vermeiden. Dies soll in erster Linie durch die konsequente Umsetzung der EU-Vogelschutzrichtlinie von 1979 und der EU-Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) von 1992 erreicht werden. Mit diesen rechtsverbindlichen Instrumenten haben die Mitgliedstaaten der EU ausgezeichnete Grundlagen für den Schutz von Tier- und Pflanzenarten sowie ihrer Lebensräume. Beide Richtlinien sehen den konsequenten Schutz gefährdeter Arten sowie mit Natura 2000 die Schaffung eines Netzwerks von Gebieten vor, in denen dem Naturschutz ein besonderer Stellenwert eingeräumt wird.

Wo steht die EU heute?

Ob der eingeschlagene Weg richtig ist, werden 2014 die neuen Daten aus den Mitgliedstaaten zur Entwicklung von Arten und Lebensräumen zeigen. Schon jetzt

ist offensichtlich, dass die Umsetzung der EU-Naturschutzrichtlinien trotz einiger zaghafter Fortschritte immer noch große Mängel aufweist, wie die BirdLife-Bewertung der EU-Staaten (BirdLife 2012) und andere Studien zeigen (EEB 2011). Der 2009 vorgelegte Naturschutzbericht der Europäischen Kommission stellte fest, dass sich im EU-Schnitt jeweils nur 17 Prozent der von der FFH-Richtlinie gelisteten Arten und Lebensraumtypen in einem günstigen Erhaltungszustand befanden (Europäische Kommission 2009). Auch jüngere Daten sind alarmierend: So sind in Deutschland dramatische Verluste von artenreichem Grünland zu verzeichnen, als Folge brechen die Bestände von Wiesenbrütern und Zugvögeln zusammen (NABU 2012). Die Ursachen hierfür liegen in einer umweltschädlichen Landnutzungs politik (vgl. Einzelziele 3 und 4), aber auch in der mangelhaften Umsetzung des Naturschutzrechts in den EU-Ländern.

Gebietsschutz

Das Natura-2000-Netzwerk ist innerhalb von 20 Jahren auf knapp 18 Prozent der EU-Landfläche angewachsen, in Deutschland auf etwa 15 Prozent (Europäische Kommission 2011a). Es kann zwar noch immer nicht von einem vollständigen Netzwerk die Rede sein, da die Gebiete oft zu klein und zu wenig miteinander verbunden sind, um ihr Potenzial wirklich entfalten zu können.

AUF DEM WEG DER BESSERUNG?

Dennoch ist dieses größte Naturschutznetzwerk der Welt der wahrscheinlich größte Erfolg der EU für den Schutz der biologischen Vielfalt. Die Anstrengungen sollten nun auf den effektiven Schutz und das Management der Gebiete gerichtet werden. Hierfür bedarf es aktiver, gut geplanter, akzeptierter und vor allem ausreichend finanzierter Schutz- und Pflegemaßnahmen. Die BirdLife-Bewertung attestiert nur den drei Mitgliedstaaten Frankreich, Belgien und Lettland ein fortgeschrittenes System für das Natura-2000-Management, während elf erst ganz am Anfang stehen (vgl. Abb. auf S. 11). Deutschland befindet sich im Mittelfeld. Die Situation in den hiesigen Bundesländern ist sehr unterschiedlich und wurde von NABU und BUND Anfang 2010 sowie vom NABU nochmals 2012 im Einzelnen analysiert (NABU 2012b). Selbst dort, wo Managementpläne existieren, befinden sich die Natura-2000-Gebiete oft in großer Gefahr, durch rechtswidrige Eingriffe geschädigt zu werden. Stichproben des NABU zeigten, dass in den letzten fünf Jahren in deutschen Natura-2000-Gebieten zwischen 35 und 75 Prozent von geschütztem Grünland verloren gingen (NABU 2012). Eingriffe wie diese werden häufig nicht oder nur ungenügend geahndet. Dieses eklatante Vollzugsdefizit wird hervorgerufen durch unterbesetzte Naturschutzverwaltungen, mangelnde Kenntnisse oder Akzeptanz bei den für die Eingriffe zuständigen Verwaltungen und Planern sowie unzureichende Überwachungs- und Sanktionierungsmöglichkeiten der Europäischen Kommission. Man schätzt, dass der Gesellschaft durch die mangelnde Umsetzung von

EU-Umweltrecht jährlich Kosten von etwa 50 Milliarden Euro entstehen (Europäische Kommission 2012).

Bislang gelang es nicht, die Pflege und Entwicklung der Natura-2000-Schutzgebiete ausreichend zu finanzieren. Der Versuch, den größten Teil des geschätzten Bedarfs von etwa sechs Milliarden Euro jährlich durch die EU-Fonds für ländliche und regionale Entwicklung zu decken, schlug bislang fehl, weil den Regierungen hierzu der politische Willen fehlte. Derzeit trägt die EU nur zehn bis 20 Prozent der anfallenden Kosten (IEEP et al. 2011). Einen vermutlich ebenso geringen Beitrag leisten die öffentlichen Haushalte der Mitgliedstaaten sowie Umweltverbände und Stiftungen. Die mangelnde Finanzierung führt dazu, dass die meisten notwendigen Maßnahmen gar nicht erst umgesetzt werden – und das, obwohl inzwischen eine Vielzahl von Studien dem Natura-2000-Konzept ein extrem hohes ökonomisches Kosten-Nutzen-Verhältnis attestieren. Der EU-weite volkswirtschaftliche Nutzen, den das Netzwerk „erwirtschaftet“, wird auf 200 bis 300 Milliarden Euro jährlich geschätzt (Europäische Kommission 2011b).

Ein äußerst positives Beispiel ist das kosteneffiziente und sehr erfolgreiche EU-Umweltförderprogramm LIFE. Mit lediglich 0,2 Prozent des EU-Haushalts hat es seit 1992 erheblich zu den Erfolgen im Gebiets- und Artenschutz beigetragen. In der Debatte über die Neuaufnahme des Programms für die Jahre 2014 bis 2020 mehrten sich daher Stimmen, auch aus dem Deutschen Bundestag, dem Bundesrat und dem Bundesumweltministerium, die eine signifikante Aufstockung der LIFE-Mittel fordern. Nach Ansicht der Umweltverbände sollte LIFE künftig mit mindestens 15 bis 20 Prozent zur Deckung der Natura-2000-Kosten beitragen, anstatt wie bisher mit nur zwei bis drei Prozent. Hierfür müssten jedoch ein statt 0,2 Prozent der EU-Mittel bereitstehen.

Mit der Einführung von „prioritären Aktionsrahmen“ für Natura 2000 entwickelte die Europäische Kommission in den vergangenen Jahren auf Basis des Artikels 8 der FFH-Richtlinie einen neuen Ansatz für die Finanzierung des Netzwerks. Die Regierungen der Mitgliedstaaten beziehungsweise der Bundesländer müssen diese erstellen, damit künftig die notwendigen Maßnahmen für Schutzgebiete aus allen relevanten EU-Fonds finanziert werden können. Die Aktionsrahmen müssen bis Ende 2012 bei der Kommission vorliegen, damit die Förderprogramme im Bereich Landwirtschaft und Regionalpolitik auf sie abgestimmt werden können.





Die BirdLife-Analyse zeigt: Weniger als die Hälfte der Mitgliedstaaten hat bisher deutliche Fortschritte in diese Richtung vorzuweisen (vgl. Abb.). Auch die meisten deutschen Bundesländer stellen sich dieser Aufgabe nur sehr zögernd. Im EU-Vergleich ist die Bundesrepublik daher alles andere als ein Vorreiter.

Die Situation der Meeresnaturschutzgebiete bleibt weiterhin alarmierend. Seit der letzten BirdLife-Analyse der ausgewiesenen EU-Vogelschutzgebiete (BirdLife International 2010a) hat es nur in einigen Mitgliedstaaten Fortschritte gegeben, darunter in Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Dänemark. Andere Länder, wie Portugal, Italien, Großbritannien, Irland, Finnland und Schweden, haben weiterhin einen großen Nachholbedarf bei der Ausweisung. Deutschland hat zwar bereits mehr als 30 Prozent seiner Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) als Natura-2000-Gebiete ausgewiesen (BfN o. J.), doch mangelt es hierzulande sowohl in der AWZ als auch in den Küstengewässern an einer effektiven Steuerung menschlicher Aktivitäten, um in den Schutzgebieten die marine Artenvielfalt dauerhaft zu erhalten.

Artenschutz

Die Kombination aus EU-weiten Aktionsplänen, Natura-2000-Schutzgebieten, der Reduzierung von Verschmutzungen und gezielter Finanzierung hat bereits einer Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten geholfen. Britische Wissenschaftler belegten vor wenigen Jahren,

dass sich die von der EU besonders geschützten Vogelarten deutlich besser entwickelten als andere. Zudem sind ihre Bestandstrends innerhalb der EU positiver als außerhalb (Donald et al. 2007). Schon einfache Maßnahmen können dabei große Erfolge bewirken. So haben künstliche Nisthilfen an Gebäuden dazu beigetragen, dass sich die Bestände des Rötelfalken in Europa wieder stabilisieren.

Eine große Gefahr für Zugvögel sind Stromleitungen. Jedes Jahr sterben durch sie Millionen Tiere. Einige EU-Staaten haben sich dem Problem angenommen. Vor allem die Umrüstung von Mittelspannungsleitungen lassen sich per Gesetz, durch technische Standards und die Kooperation zwischen Naturschutz und Netzbetreibern schnell realisieren. In Deutschland soll der Umbau der Strommasten bis Ende 2012 abgeschlossen sein. Allerdings hinkt die Praxis den gesetzlichen Vorgaben deutlich hinterher: Erst 60 Prozent aller gefährlichen Strommasten wurden bisher entschärft (NABU 2012c).

Seit 2010 geraten auch illegale Aktivitäten in den Fokus der EU-Politik, darunter die in ganz Europa häufige Vergiftung von Greifvögeln, oder, wie auf Malta oder Zypern, die Jagd auf geschützte Zugvögel. Nach einer aufrüttelnden BirdLife-Studie über diese Missstände (BirdLife Europe 2011) bekennt sich die EU nun zu einer „Nulltoleranzpolitik“ und will bis 2014 konkrete Maßnahmen ergreifen, die sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten gegen illegale Eingriffe aktiv werden (Standing Committee of the Bern Convention 2011).

Natura-2000-Umsetzung in den EU-Mitgliedstaaten		
Kategorie	Fortschritte bei Gebietsschutz und Management	Fortschritte bei der Finanzierung
	Belgien (Flandern), Frankreich, Lettland, Schweden	Rumänien
	Dänemark, Deutschland , Estland, Finnland, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Spanien, Ungarn	Belgien (Flandern), Estland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Niederlande, Polen, Österreich, Schweden, Slowakei, Slowenien, Ungarn
	Bulgarien, Griechenland, Irland, Malta, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Zypern	Bulgarien, Dänemark, Deutschland , Finnland, Griechenland, Italien, Lettland, Luxemburg, Malta, Portugal, Spanien, Tschechische Republik, Zypern
	<i>Bewertungen für Litauen und den wallonischen Teil Belgiens liegen nicht vor.</i>	<i>Bewertungen für Litauen und den wallonischen Teil Belgiens liegen nicht vor.</i>

(BirdLife Europe 2012)



Forderungen an Deutschland

Der NABU fordert von der Bundesregierung:

- ❑ die Vorlage von Fachkonzepten für den repräsentativen Erhalt von Lebensräumen und Arten mit besonderer Verantwortung Deutschlands,
- ❑ die rasche Entwicklung und Umsetzung effektiver Managementpläne für die Schutzgebiete in den Küstengewässern und der Ausschließlichen Wirtschaftszone in Nord- und Ostsee mit ausreichenden Nullnutzungszonen,
- ❑ zwischen Bund und Ländern koordinierte und gemeinsam finanzierte Bundesartenschutzprogramme für alle Verantwortungsarten bzw. für europäisch streng geschützte Arten. Bis 2020 sollen sich alle Verantwortungsarten und europäisch geschützten Arten in einem günstigen Erhaltungszustand befinden.

Der NABU fordert von den Landesregierungen:

- ❑ die Aufwertung der bestehenden Schutzgebiete durch die Festlegung überprüfbarer Schutzziele und anspruchsvoller, praxisorientierter Managementpläne, ihre konsequente Umsetzung und regelmäßige Überprüfung. Dies gilt insbesondere für die Natura-2000-Gebiete,
- ❑ eine ausreichende Finanzierung und klare Zuständigkeiten für das Management und die Entwicklung der Schutzgebiete. Für prioritäre Maßnahmen müssen hierzu in jedem Bundesland Finanzierungspläne entwickelt werden, die insbesondere darlegen, welcher Finanzierungsbedarf für die Schutzgebiete besteht und welche konkreten Fördermittel künftig hierfür bereitgestellt werden,
- ❑ die Stärkung der hauptamtlichen Schutzgebietsbetreuung in Großschutzgebieten und die Förderung der ehrenamtlichen Schutzgebietsbetreuung (Frei-

willigenmanagement, Qualifizierung) für kleinere Schutzgebiete. Notwendig ist zudem eine fachliche Qualifizierungsinitiative für Verwaltungspersonal, Richter und Planer im Bereich Natura 2000,

- ❑ die Einrichtung weiterer Nationalparks und Biosphärenreservate. Der NABU fordert die Ausweisung von Nationalparks in folgenden Landschaften: Steigerwald, Teutoburger Wald/Senne, Nordschwarzwald und Lieberoser Heide. Vor allem die Bundesländer, die bisher noch keine Biosphärenreservate ausgewiesen haben, müssen ihre Verantwortung wahrnehmen,
- ❑ das Auflegen und die Umsetzung ambitionierter Artenschutzprogramme der Länder für Verantwortungsarten, für europarechtlich geschützte Arten sowie besonders in Deutschland bedrohte Arten der Kulturlandschaft und spezieller Sonderlebensräume (z.B. grundwasser- und höhlenbewohnende Arten). (NABU 2012)

EU-Fallbeispiele (Case Studies):


- ◆ **Natura 2000 management** (Natura-2000-Management): Frankreich, Großbritannien, Niederlande
- ◆ **Marine Natura 2000 management** (Management von Meeresschutzgebieten): Deutschland, Spanien
- ◆ **Enforcement of site protection** (Probleme beim Schutz von Natura-2000-Gebieten): Bulgarien, Italien, Polen
- ◆ **The cost-effectiveness of LIFE** (Die Kosteneffizienz des EU-LIFE-Programms): Finnland und Portugal
- ◆ **Innovative conservation funding** (Neue Wege zur Naturschutzfinanzierung): Polen, Frankreich
- ◆ **Species conservation works** (Erfolgreicher Schutz des Rötelfalken): Südwesteuropa
- ◆ **Lead shot ban and enforcement** (Auf dem Weg zum Verbot von Bleischrot): EU-weit
- ◆ **Power lines and bird conservation** (Sicherung von Stromleitungen für den Vogelschutz): Ungarn
- ◆ **Illegal killing of birds** (Illegale Jagd und Vergiftung von Vögeln): Großbritannien, Tschechien, Spanien

Ausführliche Informationen in der englischen Fassung unter www.birdlife.org/eubiodiversityreport2012



Einzelziel 2

Erhaltung und Wiederherstellung von Ökosystemen und Ökosystemdienstleistungen

Bewertung:  

Etappenziele bis 2014:

- ◆ Die Europäische Kommission hat eine Initiative zur Harmonisierung und Koordinierung der Raumplanung gestartet, um die Erreichung des Einzelziels 2 sicherzustellen.
- ◆ Die Europäische Kommission hat Vorschläge für einen rechtsverbindlichen Rahmen ausgearbeitet, der außerhalb von Schutzgebieten den Nettoverlust von Ökosystemen verhindert. Er lehnt sich an die deutsche Eingriffsregelung an.
- ◆ Der EU-Haushalt stellt über Regional- und Agrarförderung ausreichend Mittel für die Wiederherstellung von Ökosystemen und die Entwicklung einer „grünen Infrastruktur“ bereit und fördert keine umweltschädlichen Projekte.
- ◆ Alle EU-Initiativen zur Förderung erneuerbarer Energien und Energienetze berücksichtigen den Schutz der Ökosysteme und ihrer Dienstleistungen.

Was soll erreicht werden?

Die Schädigung, Zerstörung und Zerschneidung von Lebensräumen hat in Europa besorgniserregende Ausmaße angenommen (European Environmental Agency 2011). Hierdurch können Ökosysteme wichtige Umweltleistungen nicht mehr erbringen, von denen zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, aber auch das Wohlergehen unserer Gesellschaft und Wirtschaft abhängen (TEEB 2010). Die Folgen des Klimawandels erfordern zusätzlich eine besondere Widerstandskraft der Natur. Wird hier nicht aktiv gegengesteuert, drohen Deutschland, der EU und der Welt Kosten von gigantischen Ausmaßen. Auf globaler Ebene hat sich die EU daher verpflichtet, die Zerstörung, Schädigung und Zerschneidung von Lebensräumen erheblich zu bremsen (Aichi-Target 5) sowie mindestens 15 Prozent der geschädigten Ökosysteme wiederherzustellen (Aichi-Target 14, 15; CBD 2010). In ihrer eigenen Strategie geht die EU noch weiter: Bis 2020 soll insgesamt kein weiterer Nettoverlust an Ökosystemen entstehen und 15 Prozent zusätzlich renaturiert werden. Die EU will hierfür zunächst alle Ökosystemleistungen erfassen und bewerten und den Aufbau der sogenannten „grünen Infrastruktur“ zur Ergänzung und Vernetzung von Natura-2000-Gebieten voranbringen. Gleichzeitig will sie mit geeigneten Maßnahmen Schädigungen von Ökosystemen vermeiden und, wo nötig, ausgleichen.

Wo steht die EU heute?

Die ersten Schritte in Richtung dieser neuen Konzepte sind gemacht, beschränken sich jedoch auf theoretische Papiere und Debatten, die von der Europäischen Kommission in Brüssel angeregt wurden (u. a. European Environmental Agency 2011a). Angesichts des dringenden Handlungsbedarfs bestehen große Zweifel, ob die Politik ausreichend schnell und verbindlich handeln wird. Um den Nettoverlust an Ökosystemleistungen auch außerhalb von Schutzgebieten zu verhindern, werden neben der Unterstützung von freiwilligen Initiativen auch neue gesetzliche Regelungen notwendig sein, vergleichbar mit der Eingriffsregelung in Deutschland. Dies ist schon allein wegen des gemeinsamen EU-Marktes, in dem gleiche Wettbewerbsbedingungen herrschen sollten, unabdingbar. Das Ziel, die Bodenversiegelung auf ein nachhaltiges Maß zu begrenzen, muss ebenfalls konsequenter verfolgt werden. Letztlich muss die gesamte Raumplanung europaweit harmonisiert und an Prinzipien der Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

Wie schwer sich die EU mit verbindlichen Regelungen tut, lässt sich an der Diskussion der geplanten EU-Boden-Rahmenrichtlinie erkennen, die Deutschland und einige Verbündete bis heute blockieren. Gleichzeitig kommt die Umsetzung der bereits vor Jahren verabschiedeten fortschrittlichen Meeresstrategie- und

AUF DEM WEG DER BESSERUNG?

Wasserrahmenrichtlinien nur langsam voran. Neben verbindlichen Regelungen fehlen der EU außerdem ausreichende finanzielle Anreize für die Wiederherstellung bereits zerstörter oder geschädigter Ökosysteme und den Aufbau einer „grünen Infrastruktur“ zur Wiedervernetzung von Lebensräumen. Leider droht sie hier bereits zu scheitern. Die Entwürfe, die aktuell zur künftigen EU-Regionalförderung verhandelt werden, ignorieren nahezu völlig die Notwendigkeit und das wirtschaftliche Potenzial von Investitionen in große Naturschutzprojekte, wie sie zum Beispiel der NABU an der Unteren Havel durchführt. www.NABU.de/unterehavel

Naturverträgliche Energiewende

In den letzten Jahren ist die politische Bereitschaft für klimaschonende und sichere Energieversorgung innerhalb der EU rapide gewachsen. Der Erfolg beim Ausbau von erneuerbaren Energiequellen, Speichern und Stromnetzen hängt jedoch stark von einer strategischen, transparenten und rechtssicheren Planung ab, bei der auch die Auswirkungen auf die Ökosysteme sorgfältig abgewogen werden. BirdLife hat in einer detaillierten Studie gezeigt, dass über 80 Prozent der bis 2020 benötigten regenerativ produzierten Energie naturverträg-

lich erzeugt werden können, wenn bei der Standortwahl und Technik entsprechende Kriterien eingehalten werden (BirdLife Europe 2011a). Leider gibt es in der EU gerade im Bereich der Windkraftentwicklung viele negative Beispiele, bei denen die Prinzipien der strategischen Raumplanung vernachlässigt wurden. Die Folgen sind Schäden für die Natur, aber auch Akzeptanzprobleme, Rechtsunsicherheiten und Verzögerungen für Investoren. Gerade Netzbetreiber sind seit einigen Jahren bereit, mit Naturschutzverbänden zu kooperieren. In einer gemeinsamen Erklärung mit großen Naturschutzorganisationen bekräftigen mehrere große Unternehmen, dass die Einhaltung und Bewahrung geltenden Naturschutzrechts nicht nur möglich, sondern auch nötig sei, um einen zügigen und umweltverträglichen Ausbau der Stromnetze zu erreichen (Renewables Grid Initiative 2011). www.renewables-grid.eu

Vor allem der Ausbau von Biomasse als Energiequelle muss dringend naturverträglicher gestaltet werden. Im ersten Schritt muss hierzu das faktische Zehn-Prozent-Biotreibstoff-Ziel der EU abgeschafft oder durch Kriterien ergänzt werden, die negative Umweltauswirkungen dieser Landnutzung verhindern. Zudem dürfen schädliche Intensivkulturen wie Mais nicht länger staatlich gefördert werden.





Forderungen an Deutschland

Der NABU fordert von der Bundesregierung:

- ❑ den Verzicht auf Neubaumaßnahmen von Bundesautobahnen und -fernstraßen, um die Zerschneidung von Lebensräumen von Tieren mit großen Raumansprüchen zu vermeiden,
- ❑ den Abbau von Wanderungshindernissen bzw. den Bau von Querungshilfen (z. B. Grünbrücken) im Rahmen eines nationalen Wiedervernetzungsprogramms, das auch die Fließgewässer umfasst,
- ❑ die Minimierung der negativen Auswirkungen auf Natur und Landschaft, indem Planungsinstrumente zur räumlichen Steuerung erneuerbarer Energien (Regionalplanung, Privilegierung) einschließlich der benötigten Netz- und Speicherinfrastrukturen eingeführt und gestärkt sowie der Natur- und Artenschutz konsequent in die Fördermechanismen für die Energiewende integriert werden,
- ❑ den Umbau unrentabler Bundeswasserstraßen zu ökologisch intakten Fließgewässern (Bundesprogramm Blaues Band),
- ❑ die Korrektur der Biomasseförderung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) durch Ausschluss von Intensivkulturen wie Mais und Beschränkung der Vergütung auf besonders naturverträgliche Anbaubiomasse sowie Gülle, Reststoffe und Bioabfälle.

Der NABU fordert von den Landesregierungen:

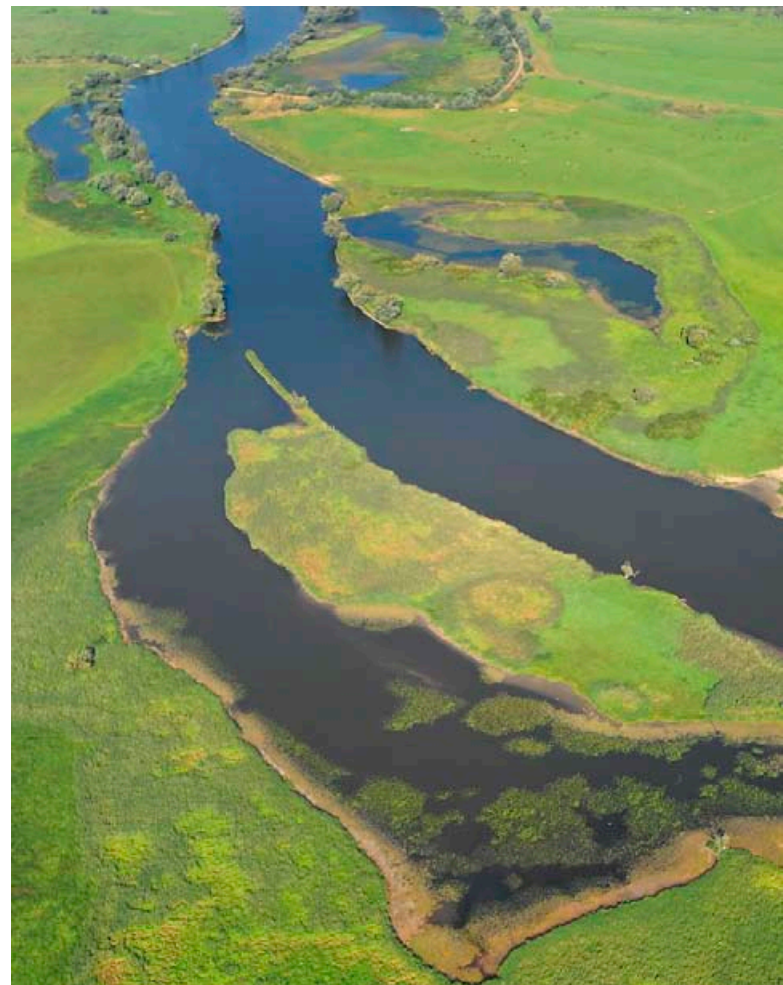
- ❑ die Vernetzung der Schutzgebiete mit Trittsteinen und Korridoren im Sinne einer bundeseinheitlich geplanten „grünen Infrastruktur“. Zehn Prozent der Landesfläche sollen dabei dem Biotopverbund dienen. Dabei sollen auch die Flächen von Ökokonten und Flächenpools integriert werden. Außerdem sollen Biotopverbundkonzepte auf kleinskaliger Ebene für Pflanzen und Insekten entwickelt werden,
- ❑ die Revitalisierung der Auen außerhalb der Siedlungen,
- ❑ die Formulierung und Umsetzung von Landesprogrammen zum Moorschutz. Dabei werden die Moore erfasst und hinsichtlich ihres Wertes für die biologische Vielfalt, der Bedeutung für den Klimaschutz und der Realisierbarkeit von Regenerationsmaßnahmen eingestuft.

(NABU 2012)

EU-Fallbeispiele (Case Studies):


- ◆ **Habitat loss across the EU** (Zerstörung von Moorökosystemen): Irland, Finnland
- ◆ **Danube Delta Restoration** (Rettung des Donaudeltas): Rumänien
- ◆ **Lack of compensation** (Ausgleichsmaßnahmen an der Scheldemündung): Niederlande, Belgien
- ◆ **Renewable energy and nature conservation** (Naturschutz und der Ausbau erneuerbarer Energien): Frankreich, Spanien, Rumänien, Großbritannien
- ◆ **Renewables Grid Initiative** (Naturverträglicher Netzausbau): EU-weit

Ausführliche Informationen in der englischen Fassung unter www.birdlife.org/eubiodiversityreport2012



Einzelziel 3

Erhöhung des Beitrags von Land- und Forstwirtschaft zur Erhaltung und Verbesserung der Biodiversität

Bewertung:  

Etappenziele bis 2014:

- ◆ Das EU-Agrarbudget 2014 bis 2020 folgt ausschließlich der Vorgabe „öffentliches Geld gegen öffentliche Güter und Dienstleistungen“.
- ◆ Landwirte werden nur dann mit Direktzahlungen unterstützt, wenn sie Natur- und Umweltauflagen einhalten, zehn Prozent auf ihrem Betrieb als ökologische Vorrangflächen einrichten und ökologische Standards zu Fruchtfolge, Bodenbedeckung und Schutz von Dauergrünland einhalten.
- ◆ Die zweite Säule der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) fördert in ausreichendem Maße Agrarumweltmaßnahmen, das Management von Natura-2000-Gebieten und angepasste Landwirtschaft in weiteren Flächen von hohem Naturwert. Es gibt keine Förderung mehr, die der Artenvielfalt schadet.
- ◆ Die EU-Wald-Strategie und ein Aktionsplan für 2020 folgen anerkannten Definitionen und Leitlinien für die nachhaltige Forstwirtschaft und geben zudem finanzielle Anreize für den Naturschutz im Wald.
- ◆ Eine EU-Förderung wird nur noch gewährt, wenn für den Wald ein Bewirtschaftungsplan existiert, bei dem die biologische Vielfalt berücksichtigt wird.
- ◆ Die Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, bis 2020 den Anteil von alten Wäldern zu erhöhen und zehn Prozent ihrer Waldflächen als Prozessschutzflächen auszuweisen.
- ◆ Für alle Natura-2000-Gebiete im Wald sind Managementpläne entwickelt worden, die Naturschutz vor Produktivität stellen.
- ◆ Die Entwicklung eines verlässlichen und langfristigen Waldinformationssystems ist von allen Mitgliedstaaten beschlossen und begonnen worden.
- ◆ Die EU hat ihre Nachhaltigkeitsstandards für Biomasse verbessert und ausgeweitet.

Was soll erreicht werden?

Auf globaler Ebene hat sich die EU verpflichtet, bis 2020 land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen nachhaltig zu bewirtschaften (Aichi-Target 7), die Verschmutzung und Überdüngung von Ökosystemen zu stoppen (Aichi-Target 8) sowie umweltschädliche Subventionen abzubauen (Aichi-Target 3). Die EU-Strategie greift diese globalen Ziele zwar auf, wird aber in den eigenen Vorgaben nicht konkret genug. So soll der Anteil der Agrarfläche für Naturschutzmaßnahmen nur „maximiert“ werden, eine Mindestfläche wird aber nicht vorgegeben. Zudem sollen bis 2020 in EU-geförderten Staats- und großen Privatwäldern nachhaltige Bewirtschaftungspläne in Kraft sein. Den Erfolg will die EU an

einer spürbaren Verbesserung des Erhaltungszustands von typischen Arten und Lebensraumtypen messen.

Landwirtschaft: Wo steht die EU heute?

Bei ihrer Landwirtschaftspolitik ist die EU von ihren Zielen sehr weit entfernt. Derzeit sind nur sieben Prozent aller landwirtschaftlichen Lebensraumtypen in einem günstigen Erhaltungszustand. Bei allen anderen sind es im Schnitt 21 Prozent (Europäische Kommission 2009). Die Agrarvogel-Indikatorarten für gesunde ländliche Ökosysteme weisen seit Jahrzehnten einen negativen Trend auf (vgl. Abbildung). Seit 1980 sind etwa 300 Millionen Vögel der EU-Agrarpolitik zum Opfer gefallen (BirdLife International 2012). In Deutschland



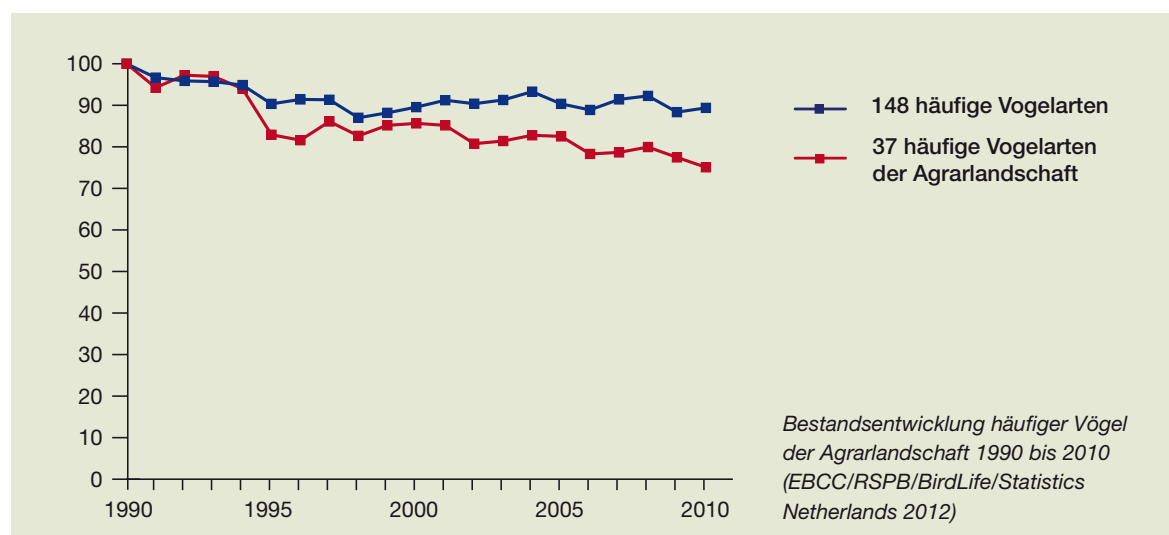
befinden sich 38 Prozent aller Ackerwildkräuter auf der Roten Liste (Network Forum on Biodiversity Research Germany 2012). Trotz mehrerer Reformen bleibt die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik seit 50 Jahren eine wesentliche Ursache für den Artenverlust und für die Schädigung des Naturhaushalts, insbesondere von Böden, Grund- und Oberflächenwasser. Bisher ist es nicht gelungen, das Landwirtschaftsbudget der EU, einen der größten Haushaltsposten mit etwa 58 Milliarden Euro jährlich, an den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts auszurichten. Angesichts leerer öffentlicher Kassen bietet die GAP-Reform 2014 bis 2020 voraussichtlich die letzte Möglichkeit, diese Subventionen, die über 40 Prozent des EU-Haushalts ausmachen, vor den Steuerzahlern zu rechtfertigen. Die Reformvorschläge der EU-Kommission zielen zwar in die richtige Richtung, gehen jedoch nicht weit genug. Die meisten EU-Agrarminister einschließlich der deutschen Landwirtschaftsministerin sowie viele Agrarpolitiker im Europäischen Parlament sperren sich jedoch gegen diese Ansätze. Scheitert die Reform, würde sich die EU bereits jetzt nahezu aller Chancen berauben, dem Rückgang der biologischen Vielfalt bis 2020 umfassend und effektiv zu begegnen. Auf globaler Ebene würde die EU damit massiv an Glaubwürdigkeit verlieren.

Greening der Direktbeihilfen

Um unsere natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft zu erhalten, fordern NABU und BirdLife eine nachhaltige und ökologische Ausgestaltung der europäischen

Agrarpolitik. Hierbei müssen zunächst ökologische Leistungen als Voraussetzung für Direktzahlungen an die Landwirte (*Greening* der ersten Säule) eingeführt werden. Dazu gehören unter anderem

- ◆ die Einführung eines Mindestanteils von zehn Prozent ökologischer Vorrangflächen pro Betrieb, bei großen Feld- oder Wiesenflächen auch pro Schlag. Für ökologische Vorrangflächen und deren Management wird eine zusätzliche Prämie gezahlt. Wissenschaftler gehen davon aus, dass Feldvögel mindestens zehn bis zwölf, idealerweise aber zwölf bis 35 Prozent solcher Flächen benötigen, um sich stabil zu entwickeln (Network Forum on Biodiversity Research Germany 2012).
- ◆ ein rückwirkendes Verbot des Umbruchs von Dauergrünland. Grünland ist gerade für Mitteleuropa von herausragender ökologischer Bedeutung. Es dient als Speicher von Treibhausgasen und besitzt eine Artenvielfalt, die auf kleine Fläche gerechnet sogar die der tropischen Regenwälder Südamerikas übertrifft (Wilson et al. 2012). Der NABU hat im Mai 2012 erste Ergebnisse einer Studie veröffentlicht, die den dramatischen Verlust von Dauergrünland in deutschen Natura-2000-Gebieten dokumentiert. Hauptursachen sind demnach der unerlaubte Umbruch zu Ackerland und die zu intensive Düngung beziehungsweise zu häufige Mahd (NABU 2012). Ähnliche Probleme gibt es in anderen EU-Staaten.
- ◆ die Einhaltung einer mindestens dreigliedrigen Fruchtfolge.



Stärkung der zweiten Säule

Für die nächste Haushaltsperiode muss die Förderung der ländlichen Entwicklung wesentlich aufgewertet werden. Diese zweite Säule der GAP sollte mindestens 50 Prozent statt derzeit 25 Prozent der Landwirtschaftssubventionen erhalten. Die Hälfte davon ist für Agrarumweltprogramme und den Vertragsnaturschutz einzusetzen. Zudem muss die EU-Kofinanzierung von Agrarumweltmaßnahmen in prioritären Bereichen wie Natura 2000 oder der Wasserrahmenrichtlinie künftig auf 80 bis 90 Prozent angehoben werden. Auch hier sperren sich die Regierungen bislang, offenbar auf Druck der Agrarindustrie. Die aktuelle Förderpolitik geht zulasten vieler kleinerer Betriebe auf weniger ertragreichen Standorten. Gut durchdachte Agrarumweltmaßnahmen unterstützen die Landwirte nicht nur beim Erhalt der Artenvielfalt auf Äckern und im Grünland, sondern auch beim Schutz von Boden und Grundwasser. Sie dienen damit unserer langfristigen Ernährungssicherheit. Außerdem tragen sie dazu bei, kleinbäuerliche Strukturen und das Landschaftsbild zu erhalten (RSPB 2011).

Grünlandumbruch im Natura-2000-Gebiet



Forderungen an Deutschland

Der NABU fordert von der Bundesregierung:

- ❑ die Ausrichtung der Agrarpolitik an Umwelt- und Naturschutzzielen,
- ❑ die rechtsverbindliche Definition von Standards einer naturverträglichen „guten fachlichen Praxis“ in der Landwirtschaft (z. B. dreigliedrige Fruchtfolge, Stickstoffüberschussgrenze von 50 Kilogramm pro Hektar auf Grundlage einer Hoftorbilanz,

kulturartsspezifische Vorgaben für den integrierten Pflanzenschutz) sowie im Wald (z. B. Kahlschlagverbot, Vorrang von Naturverjüngung, Erhalt von Totholz- und Habitatbäumen und Verzicht auf Pestizideinsatz).

Der NABU fordert von den Landesregierungen:

- ❑ die Weiterentwicklung der „guten fachlichen Praxis“ in der Landwirtschaft unter naturraum- und standortspezifischen Gesichtspunkten, um die Bedeutung des Biodiversitätsschutzes zu stärken,
- ❑ die stärkere Ausrichtung von Agrarumweltprogrammen auf eine ergebnisorientierte Honorierung ökologischer Leistungen mit attraktiven Fördersätzen, um eine standortangepasste Pflege und Bewirtschaftung von wertvollen Agrarlebensräumen zu ermöglichen,
- ❑ die Erhaltung und Förderung von Dauergrünland und insbesondere artenreichem Grünland durch das Verbot von Grünlandumbruch, von Entwässerung und anderen weitreichenden Eingriffen,
- ❑ die Einrichtung von mindestens zehn Meter breiten ungedüngten Wasser- und Erosionsschutzstreifen entlang von natürlichen Gewässern durch die Umsetzung von Gewässerrandstreifenprogrammen,
- ❑ die vollständige Umwandlung von Ackerflächen in landwirtschaftlich genutzten Bach- und Flussauen bis 2015 in Dauergrünland,
- ❑ die Einrichtung von Landesprogrammen zur Förderung großflächiger Weidelandschaften mit Vertragslaufzeiten von bis zu 20 Jahren.

(NABU 2012)

EU-Fallbeispiele (Case Studies):

- ◆ **Grassland destruction across the EU** (Grünlandverluste): Deutschland, Bulgarien
- ◆ **Land abandonment across the EU** (Erhalt der Bewirtschaftung): Zypern, Rumänien
- ◆ **Successful rural development** (Erfolgreiche Agrarumweltmaßnahmen): Spanien
- ◆ **Hope farm project** (Positive Erfahrungen aus der landwirtschaftlichen Praxis): Großbritannien

Ausführliche Informationen in der englischen Fassung unter www.birdlife.org/eubiodiversityreport2012



Forstwirtschaft: Wo steht die EU heute?

Der ökologische Zustand der europäischen Wälder ist nach wie vor schlecht. Allein etwa 1000 Tier- und Pflanzenarten der alten borealen Nadelwälder sind vom Aussterben bedroht (European Environmental Agency 2010a). In Deutschland gefährdet die forstliche Nutzung mehr als 274 Farn- und Blütenpflanzen (Häusler & Scherer-Lorenzen 2002), insbesondere weil zu wenig alte Bäume stehen bleiben. Nur 18 Prozent der Wälder in der EU sind älter als 80 Jahre (FOREST EUROPE et al. 2011). Selbst in geschützten Natura-2000-Gebieten werden Wälder vor allem als Holzquelle angesehen, andere wichtige Umweltfunktionen dagegen nicht berücksichtigt. Der Schutz von Wasser, Klima und Artenvielfalt muss daher in die neue EU-Waldstrategie einfließen, die derzeit vorbereitet wird. Ob deren Qualität und Verbindlichkeit ausreichen wird, muss angesichts des aktuellen Entwurfs jedoch bezweifelt werden. Zudem fehlen klare Leitlinien für eine nachhaltige Waldwirtschaft und grundlegende, EU-weit harmonisierte Daten zu Zustand und Nutzung der Wälder.

Nur noch vier Prozent der EU-Waldflächen können als ungestörte, nicht genutzte Gebiete bezeichnet werden. Sie liegen vor allem in Bulgarien und Rumänien (Veen et al. 2010). In Deutschland sind solche Wälder extrem selten. Vom Ziel der Bundesregierung, bis 2020 einen nutzungsfreien Anteil von fünf Prozent der gesamten Waldfläche zu erreichen, sind wir noch weit entfernt (Meyer et al. 2011).

Außerdem muss kritisiert werden, dass die EU auf die verstärkte Nachfrage nach Holz für die Energiegewinnung bisher nicht mit adäquaten Vorgaben für eine nachhaltige Nutzung reagiert hat. Damit droht eine massive Gefahr für die biologische Vielfalt im Wald.



Forderungen an Deutschland

Der NABU fordert von der Bundesregierung:

- ❑ die Entwicklung eines Buchenwaldverbundsystems auf der Basis der Natura-2000-Gebiete mit großflächigen unbewirtschafteten Kerngebieten und kleinflächigeren unbewirtschafteten Vernetzungseinseln.

Der NABU fordert von den Landesregierungen:

- ❑ die Weiterentwicklung und konsequente Umsetzung bestehender Konzepte zur naturnahen Waldwirtschaft,
- ❑ die Zertifizierung der Bundes- und Landeswälder nach den Kriterien des *Forest Stewardship Council* (FSC),
- ❑ der Aufbau eines Systems von ungenutzten Wäldern, insbesondere in den Natura-2000-Gebieten bis 2020 auf fünf Prozent der Waldfläche (langfristig zehn Prozent) als „Urwälder von morgen“. Auf mindestens zehn Prozent des Staatswaldes findet bis 2020 eine natürliche Entwicklung statt,
- ❑ die Entwicklung von Programmen zur Erhöhung der Totholzvorräte im Wirtschaftswald auf etwa zehn Prozent des Holzvorrats,
- ❑ die Bundesländer entwickeln eine Neufassung der Bewertungsdefinition für den „guten und hervorragenden Erhaltungszustand“ der Waldlebensraumtypen und der Populationen in Natura-2000-Gebieten, die der tatsächlichen Qualität und den inhaltlichen Zielen der Richtlinie Rechnung trägt,
- ❑ die Abschaffung der Schalenwildbewirtschaftung und die Umorientierung zu einem modernen Wildtiermanagement [...] Die Landesjagdgesetze sind entsprechend anzupassen und mit den Anforderungen des Naturschutzes in Einklang zu bringen.

(NABU 2012)



EU-Fallbeispiel (Case Study):

- ◆ **Exploitation of high biodiversity forest** (Auswirkungen intensiver Forstwirtschaft auf die biologische Vielfalt): Schweden, Polen, Tschechien, Slowakei

Ausführliche Informationen in der englischen Fassung unter www.birdlife.org/eubiodiversityreport2012

Einzelziel 4

Sicherstellung der nachhaltigen Nutzung von Fischereiressourcen

Bewertung:  

Etappenziele bis 2014:

- ◆ Die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) 2014 bis 2020 zielt auf die Erholung der Fischbestände und die Minimierung schädlicher Einflüsse der Fischerei auf Ökosysteme.
- ◆ Die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten haben deutliche Fortschritte bei der Umsetzung des Aktionsplans gegen den Seevogelbeifang gemacht.
- ◆ Die Mitgliedstaaten haben dafür gesorgt, dass der Meeres- und Fischereifonds auch Meeresschutzgebiete und nachhaltige Fangmethoden fördert.
- ◆ Eine neue EU-Verordnung zur Erhebung von Daten zu Fischereiaktivitäten wurde verabschiedet.

Was soll erreicht werden?

Auf globaler Ebene hat sich die EU verpflichtet, bis 2020 umweltschädliche Subventionen für die Fischerei abzubauen (Aichi-Target 3), alle Formen der Fischerei und Aquakultur nachhaltig zu gestalten (Aichi-Targets 6, 7) und besonders die Korallenriffe weltweit zu schützen (Aichi-Target 10). Die EU zielt mit ihrer Biodiversitätsstrategie auf einen höchstmöglichen Dauerertrag (*Maximum Sustainable Yield, MSY*) ab 2015 sowie auf gesunde Bestände und eine Fischereiwirtschaft ohne nachteilige Folgen für andere Arten und Ökosysteme ab. Letzteres betrifft unter anderem die Rückwürfe und

den Beifang. Die Meere sollen bis 2020 in einen guten Umweltzustand gebracht werden, wie ihn die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie fest schreibt. Entscheidend für das Erreichen dieser Ziele wird die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) sein, die gerade für die Jahre 2014 bis 2020 verhandelt wird. Außerdem muss die Umsetzung von Natura 2000 (vgl. Einzelziel 1) und der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie verstärkt vorangetrieben werden.

Wo steht die EU heute?

Die GFP hat durch zu hohe Fangquoten und subventionierte Überkapazitäten der Fischereifloten wesentlich dazu beigetragen, dass 75 Prozent der wirtschaftlich genutzten europäischen und ein großer Teil der globalen Fischbestände überfischt sind (Europäische Kommission 2011c). Zudem werden unzählige Meeressäuger und jährlich Hunderttausende Seevögel als ungewollter Beifang. Vor diesem Hintergrund sind die Reformvorschläge der Kommission für 2014 bis 2020, die in den vergangenen Jahren entwickelt wurden, vielleicht die letzte Gelegenheit, die Nutzung der Meere nachhaltig auszurichten und ihre Ressourcen zu sichern. Vor allem die Fangmengen dürfen ab 2015 nicht mehr über ein nachhaltiges Maß hinausgehen – eine Verpflichtung, die bereits auf dem Umweltgipfel 2002 in Johannesburg festgeschrieben wurde. Weniger Entschlossenheit zeigt die Kommission dagegen bei ihren Vorschlägen zum Abbau der Flotten-Überkapazitäten, einem ebenso





wichtigen Thema. Hierzu fehlen konkrete Maßnahmen. Während das Europäische Parlament Unterstützung für ökologisch orientierte Reformen signalisiert, formiert sich bereits der Widerstand bei einigen nationalen Regierungen und denjenigen Lobbygruppen, denen der kurzfristige Gewinn wichtiger ist als die dauerhafte Sicherung der Fischerei. Insbesondere der jüngste Vorschlag des EU-Ministerrats, das MSY-Ziel auf 2020 zu verschieben, lässt die Sorge über den Reformwillen der EU wachsen und schmälert ihre Glaubwürdigkeit auf internationaler Ebene (Council of the European Union 2012).

Der Kommissionsvorschlag für den künftigen Europäischen Meeres- und Fischereifonds birgt große Potenziale für den Naturschutz, sei es durch die Finanzierung mariner Natura-2000-Gebiete oder die Unterstützung von Maßnahmen zur Beifangreduzierung. Diese müssen allerdings erst von den Mitgliedstaaten und dem Parlament verabschiedet und dann auf nationaler Ebene umgesetzt und kofinanziert werden. Ein ermutigender, wenn auch längst überfälliger Schritt ist die Entwicklung eines EU-Aktionsplans zur Reduzierung des Seevogelbeifangs durch die Fischerei, für den BirdLife und seine Partnerverbände seit Jahren eintreten. Er muss nun zügig umgesetzt werden, um den sinnlosen Tod von jährlich etwa 200.000 Seevögeln zu verhindern. Von großer Bedeutung für eine nachhaltig ausgerichtete Fischerei ist nicht zuletzt eine gute Verfügbarkeit von Daten zu Fischbeständen und Aktivitäten der Fischer. Eine neue EU-Verordnung mit verschärften Sanktionen bei Nichterfüllung ist hierzu unabdingbar.

Forderungen an Deutschland

Der NABU fordert von der Bundesregierung und den Landesregierungen:

- ❑ eine konsequent auf die ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtete Gemeinsame Fischereipolitik der Europäischen Union,
- ❑ eine Minimierung des Fischerei-Beifangs von Seevögeln, Meeressäugern sowie anderen Fischen und Bodentieren durch den Einsatz alternativer, umweltschonender Fangmethoden,
- ❑ die ambitionierte nationale Umsetzung der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (2008/56/EG), um den „guten Umweltzustand“ der deutschen Meere bis 2020 sicherzustellen. (NABU 2012)

EU-Fallbeispiele (Case Studies):


- ◆ **Marine Natura 2000 management** (Management von Meeresschutzgebieten): Deutschland, Spanien
- ◆ **Marine environmental targets** (Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie): Großbritannien
- ◆ **Seabird by-catch** (Maßnahmen gegen Seevogelbeifang): EU-weit

Ausführliche Informationen in der englischen Fassung unter www.birdlife.org/eubiodiversityreport2012



Einzelziel 5

Bekämpfung invasiver gebietsfremder Arten

Bewertung:  

Etappenziele bis 2014:

- ◆ Die Europäische Kommission hat eine EU-Strategie zu invasiven gebietsfremden Arten einschließlich eines Vorschlags für eine umfassende gesetzliche Regelung veröffentlicht. Diese folgt der dreistufigen Hierarchie: Prävention > Früherkennung und Reaktion > langfristige Kontrolle und Eindämmung.
- ◆ Es gibt finanzielle Hilfe aus dem EU-Haushalt für die Mitgliedstaaten, unter anderem einen zentralen EU-Nothilfe-Fonds, sowie die Möglichkeit, LIFE-Projekte zum Thema invasiver Arten durchzuführen. Auch Überseegebiete der EU können einbezogen werden.

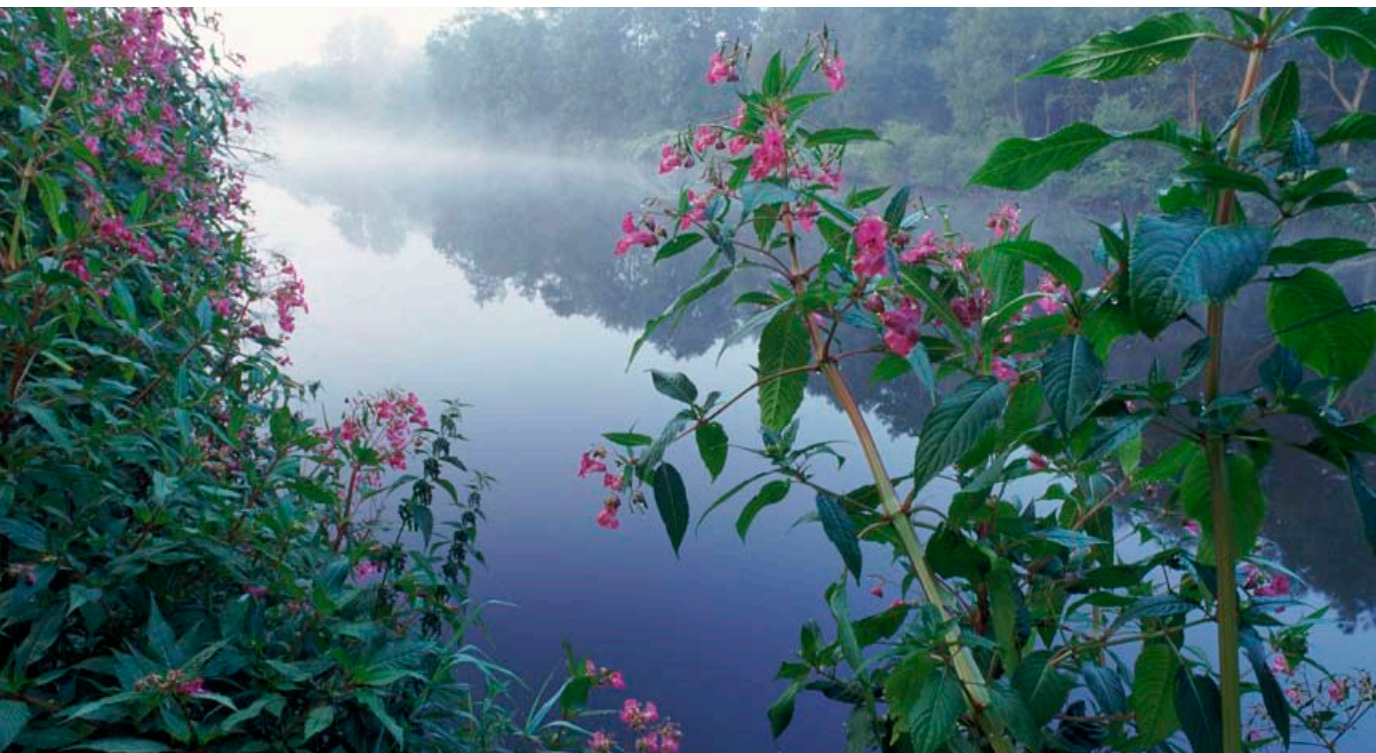
Was soll erreicht werden?

Die EU hat sich auf globaler Ebene verpflichtet, die zunehmende Bedrohung von biologischer Vielfalt, Wirtschaft und Gesundheit durch sogenannte „invasive gebietsfremde Arten“ aktiv anzugehen (Aichi-Target 9). In ihrer eigenen Strategie bekennt sich die EU dazu, dass hierzu insbesondere die Anpassung bestehender und die Entwicklung neuer Gesetzgebung notwendig sind.

Wo steht die EU heute?

Invasive gebietsfremde Arten, auf Inseln vor allem eingeführte Katzen, Ratten und Schlangen, waren für die Hälfte der 135 in den letzten 500 Jahren weltweit ausgestorbenen Vogelarten verantwortlich (BirdLife International 2000). Auch in der EU wird dies, beschleunigt durch globalisierte Warenströme und den Klimawandel, zunehmend zu einem Problem. Schon jetzt liegt der weltweite wirtschaftliche Schaden bei mindestens zwölf

Drüsiges Springkraut





Milliarden Euro jährlich (Shine et al. 2010). Insbesondere Süßwasserlebensräume und Inseln sind betroffen, speziell die Überseeregionen der EU mit ihrer außergewöhnlichen Artenvielfalt. In Deutschland stellen die sogenannten Neobiota ebenfalls eine Herausforderung für den Artenschutz dar: So dominiert das aus Indien stammende Drüsige Springkraut vielerorts die Ufervegetation an Flüssen und verdrängt heimische Pflanzen. Auch der nordamerikanische Ochsenfrosch ist ein Einwanderer und könnte bald eine Gefahr für viele der in Deutschland bereits selten gewordenen Amphibienarten werden.

Im gemeinsamen Markt der EU muss es auch gemeinsame Strategien und Regelungen geben, die die absichtliche oder unabsichtliche Einführung invasiver Arten verhindern. Eine Schwachstelle in einem Mitgliedstaat kann bereits eine Gefahr für die gesamte EU auslösen. Es ist daher zu begrüßen, dass alle EU-Institutionen den Bedarf an einer EU-weiten gesetzlichen Regelung erkannt haben. Nach mehreren Studien und Konsultationen wurde die Europäische Kommission von Ministerrat und Parlament nun aufgefordert, bis spätestens Ende 2012 einen Vorschlag vorzulegen. Prävention sollte dabei die erste Priorität haben, vor „Früherkennung und Eliminierung“. Wo sich invasive Arten bereits etabliert haben, sind eine „langfristige Kontrolle und ihre Eindämmung“ erforderlich. Wird eine invasive Art entdeckt, ist koordiniertes, frühes Handeln mit Abstand die effektivste, kostengünstigste und umweltfreundlichste Strategie.

Wann und wo invasive Arten zum Problem werden, lässt sich nur schwer voraussagen. Wichtig für die Prävention ist daher ein generelles Verbot für die Einführung von gebietsfremden Tier- und Pflanzenarten. Ausnahmen sollten auf einer „Weißen Liste“ geführt werden. Bei Risikoarten, für die besondere Einschränkungen bezüglich Haltung, Transport und Handel gelten, sollte es zudem eine „Schwarzen Liste“ geben. Mit der *Database of Alien Invasive Species in Europe (DAISIE)* unterstützt die EU bereits die Datensammlung und -aufbereitung zu invasiven gebietsfremden Arten. Bedauerlich ist, dass die Haushaltsvorschläge der Europäischen Kommission für 2014 bis 2020 hierfür keine expliziten Finanzierungspläne enthalten. Auch die Tatsache, dass das Umweltförderprogramm LIFE nach Willen der Kommission nicht für die besonders betroffenen EU-Überseegebiete geöffnet werden soll, stellt die Wirksamkeit der künftigen Politik gegen invasive Arten in Frage.

Forderungen an Deutschland

Der NABU fordert von der Bundesregierung:

- ❑ die Veröffentlichung einer verbindlichen Negativliste invasiver Arten, deren Einfuhr und Ausbringung bundesweit verboten ist,
- ❑ die Einbeziehung der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft in die Vorschriften zum Schutz vor invasiven Arten im Naturschutzrecht,
- ❑ die effektive Prävention und aktive Bekämpfung invasiver Arten und den vollständigen Verzicht auf Neobiota bei landeseigenen oder beauftragten Begrünungen.

(NABU 2012)

EU-Fallbeispiele (Case Studies):

- ◆ **Invasive alien species eradication** (Gemeinsame Bekämpfung invasiver gebietsfremder Arten, z. B. der Amerikanischen Schwarzkopfruderente): EU-weit
- ◆ **Tropical biodiversity of the EU** (Schutz des Newtonraupenfängers – Reunion Cuckoo-shrike): Frankreich/La Réunion

Ausführliche Informationen in der englischen Fassung unter www.birdlife.org/eubiodiversityreport2012

Pazifische Auster



Einzelziel 6

Erhöhung des Beitrags der EU zur Vermeidung des globalen Biodiversitätsverlustes

Bewertung:  

Etappenziele bis 2014:

- ◆ Anspruchsvolle Indikatoren für den EU-Fahrplan zur Ressourceneffizienz stehen fest. Die EU hat sich das politische Ziel gesetzt, den absoluten Ressourcenverbrauch auf das Niveau von 2000 zu senken.
- ◆ Der „ökologische Fußabdruck“ der EU wird nach einer einheitlichen Methode erfasst. Die Nachhaltigkeitskriterien der EU für erneuerbare Energien sind gestärkt, das faktische „Zehn-Prozent-Biotreibstoff-Ziel“ der EU ist abgeschafft oder ergänzt, um auch die indirekt verursachte Entwaldung durch den Anbau von Energiepflanzen bei der Treibhausgasbilanz zu berücksichtigen. Gesetzlich verbindliche Nachhaltigkeitskriterien für Energieholz wurden verabschiedet.
- ◆ Die EU-Staaten haben globalen Zielen für die Mobilisierung von finanziellen Ressourcen zur Umsetzung der CBD zugestimmt und sind bereit, einen angemessenen Beitrag dafür zu leisten.
- ◆ Der EU-Haushalt 2014 bis 2020 integriert den Schutz der biologischen Vielfalt in ausreichendem Maß in die Finanzierungsprogramme für Entwicklungshilfe und globalen Klimaschutz und erfasst die für Biodiversität getätigten Ausgaben.
- ◆ Das EU-LIFE-Programm 2014 bis 2020 fördert auch Projekte in den Überseegebieten der EU.

Was soll erreicht werden?

Auf globaler Ebene und explizit in Einzelziel 6 ihrer Biodiversitätsstrategie hat sich die EU dazu bekannt, ihren Beitrag für die globalen Naturschutzanstrengungen zu erhöhen. Sie will einerseits die weltweiten Umweltauswirkungen beziehungsweise den „ökologischen Fußabdruck“ der Europäer signifikant reduzieren (u. a. Aichi-Targets 2, 3, 4, 10, 16) und andererseits die finanziellen und technischen Hilfen für die ärmsten Länder beim Bekämpfen des Artenschwunds aufstocken (Aichi-Target 20).

Wo steht die EU heute?

Minimierung des ökologischen Fußabdrucks

Die Produktion und der Konsum in den EU-Mitgliedstaaten, ist ein wesentlicher Grund für das globale Artensterben und geht zulasten der Ökosysteme und der Entwicklungschancen anderer Länder. Schädliche Subventionen werden diesen Trend weiter fördern. Die wenig nachhaltige Art der Europäer und anderer Indus-

triestaaten, mit endlichen Ressourcen umzugehen, wird zudem weltweit in aufstrebenden Volkswirtschaften übernommen. Europa ist damit für die Welt ein schlechtes Vorbild. Unter dem Eindruck der Wirtschafts- und Finanzkrise verstummte selbst die Rhetorik von einem *Green New Deal* wieder. Stattdessen scheint die EU zu einer ressourcenverschwendenden Wirtschaftspolitik zurückzukehren, die den Keim der nächsten Krise bereits in sich trägt.

Die Tatsache, dass die EU eine lobenswerte Initiative zur Ressourceneffizienz ins Leben gerufen hat, ändert bisher wenig an dieser Einschätzung, da eine konkrete Umsetzung, einschließlich anspruchsvoller Indikatoren, bislang auf sich warten lässt. Stattdessen bewegt sich Europa eher in die Gegenrichtung: Europäische Kommission und Mitgliedstaaten zeigen eine erschreckende Ignoranz im Umgang mit der Bioenergienutzung und ihren Folgen für globale Ökosysteme. So weigert man sich nach wie vor, die Folgen von indirekten Landnutzungsänderungen für Klima und Artenvielfalt in die Nachhaltigkeitskriterien für Biokraftstoffe aufzunehmen. Die durch Biomasseanbau und den Futtermittelbedarf der EU-Agrarindustrie bedingte Landnahme in



anderen Kontinenten – aktuell liegen 60 Prozent der Flächen, die die EU beansprucht, außerhalb Europas – wird derzeit weder ausreichend erfasst noch bekämpft. Erst seit Juni 2012 arbeiten Experten aus Kommission und Mitgliedstaaten an einer einheitlichen Erfassung dieses „ökologischen Fußabdrucks“ und an verbindlichen Zielen zu seiner Reduzierung (Lugschitz et al. 2012). Die neue EU-Holzverordnung, die am 3. März 2013 in Kraft tritt, ist dagegen ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung des Handels mit illegal geschlagenem Holz und gehört zu den Maßnahmen des EU-Aktionsplans für Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor (FLEGT).

Erhöhung des Beitrags der EU zum Schutz der globalen biologischen Vielfalt

Die Europäische Union hat entscheidend zum Erfolg der 10. Vertragsstaatenkonferenz der CBD im japanischen Nagoya beigetragen. Sie setzte sich für einen ambitionierten strategischen Plan für 2011 bis 2020 ein und unterstützte die Verabschiedung des Nagoya-Protokolls zum gerechten Zugang und Vorteilsausgleich bei der Nutzung genetischer Ressourcen. Gemeinsam mit einigen Mitgliedstaaten tritt die Europäische Kommission sehr für multilaterale Initiativen wie die TEEB-Studie (TEEB 2010) oder das *Intergovernmental Panel on Ecosystem Services and Biodiversity (IPBES)* ein, dessen Sekretariat in Bonn angesiedelt wird.

Palmölplantage auf Borneo



Die EU ist der größte Geber von Entwicklungshilfe weltweit. Nach Schätzung der Europäischen Kommission kommen davon jährlich 0,75 bis eine Milliarde Euro der biologischen Vielfalt zugute (EU 2009; Europäische Kommission 2010a). Die Vorschläge für den EU-Haushalt 2014 bis 2020 sehen eine Aufstockung der umweltrelevanten Fördermittel aus dem EU-Budget sowie eine bessere Berücksichtigung von Umwelt- und Klimaaspekten vor. Sie gehen damit in die richtige Richtung, die Verordnungsentwürfe müssen allerdings dahingehend verbessert werden, dass tatsächliche Ausgaben für die Biodiversität auch korrekt erfasst werden. Nur so lässt sich prüfen, ob die EU ihren internationalen Verpflichtungen wirklich nachkommt. Zugleich droht die EU insgesamt die Erwartungen der Entwicklungsländer an die finanzielle Hilfe zu enttäuschen, die sie auf der Nagoya-Konferenz zur biologischen Vielfalt geweckt hat. Sie waren ein wesentlicher Grund für die breite Zustimmung vieler ärmerer Länder zur globalen 2020-Strategie. Die meisten EU-Länder scheinen im Vorfeld der nächsten Konferenz im indischen Hyderabad weder willens zu sein, eigene zusätzliche Haushalts-gelder hierfür zu mobilisieren noch die Privatwirtschaft verbindlich an den Kosten zu beteiligen oder umweltschädliche Subventionen ernsthaft abzubauen. Damit gefährden sie ihre eigene Glaubwürdigkeit und auch den Erfolg des globalen Naturschutzes.

Deutschland hat bereits auf der neunten Vertragsstaatenkonferenz der CBD in Bonn 2008 angekündigt, bis 2012 zusätzliche 500 Millionen Euro und ab 2013 jährlich 500 Millionen Euro für den Schutz der globalen Artenvielfalt, insbesondere von Wäldern, zu investieren. Ein Beitrag hierzu ist die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI) der Bundesregierung. Es lässt sich jedoch bisher nicht genau feststellen, welcher Anteil der jährlich etwa 120 Millionen Euro im Programm direkt der biologischen Vielfalt zugutekommt. Zudem bestehen Zweifel, ob die Gelder wirklich zusätzlich zu anderen entwicklungspolitischen Vorhaben ausgezahlt werden. Deutschland wird sich als wirtschaftsstärkstes Land der EU auch weiterhin seiner Verantwortung stellen und seine Beiträge steigern müssen.

EU-Fallbeispiel (Case Study):

- ◆ **Biofuels in Kenya** (Auswirkungen der EU-Bio-kraftstoffpolitik): Kenia

Ausführliche Informationen in der englischen Fassung unter www.birdlife.org/eubiodiversityreport2012

Tipps zum Surfen und Weiterlesen

Quellen

- BfN (o. J.): Natura 2000 in der deutschen AWZ. Bonn. Im Internet: www.bfn.de/habitatmare/de/schutzgebiete-uebersicht.php
- BirdLife Europe (2011): Review of the illegal killing and trapping of birds in Europe. Report for the Bern Convention. Strasbourg.
- BirdLife Europe (2011a): Meeting Europe's Renewable Energy Targets in Harmony with Nature – Summary Report. Brüssel-Sandy. Im Internet: www.rspb.org.uk/Images/climate_report_tcm9-298138.pdf
- BirdLife Europe (2012): On the road to recovery? BirdLife assessment of progress on the EU 2020 biodiversity strategy. Brüssel. Im Internet: www.birdlife.org/eubiodiversityreport2012
- BirdLife International (2000): Threatened Birds of the World. Cambridge.
- BirdLife International (2010): 2010 – Turning or Breaking Point for Europe's Wildlife. A report by BirdLife International on EU progress towards halting biodiversity loss. Brüssel. Im Internet: www.birdlife.org/eu/pdfs/BirdLife2010AssessmentreportFINAL.pdf
- BirdLife International (2010a): Marine IBAs in the European Union. Brüssel. Im Internet: www.birdlife.org/eu/pdfs/MarinepublicationEU.pdf
- BirdLife International (2012): 300 million farmland birds lost since 1980. Pressemitteilung vom 12.07.2012.
- BMU (2007): Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt. Berlin. Im Internet: www.biologischevielfalt.de
- CBD (2010): COP 10 Decision X/2 Strategic Plan for Biodiversity 2011–2020. Im Internet: www.cbd.int/decision/cop/?id=12268
- Council of the European Union (2012): 3174th Council meeting Agriculture and Fisheries. Press Release. Im Internet: www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/agricult/130884.pdf
- Donald P.F., Sanderson E.J., Burfield I.J., Bierman S.M., Gregory R.D., Waliczky Z. (2007): International Conservation Policy Delivers Benefits for Birds in Europe. Science (317): 810–813.
- EBCC/RSPB/BirdLife/Statistics Netherlands (2012): Pan-European Common Bird Monitoring Scheme – Population Trends of Common European Breeding Birds 2012. Im Internet: www.ebcc.info/index.php?ID=487
- EEB (2011): Where there is a will there is a way – Snapshot report of Natura 2000 management. Brüssel. Im Internet: www.eeb.org/EEB/?LinkServID=5CC039F5-5056-B741-DBFACCB777CA4E16
- EU (2009): Fourth National Report of the European Community to the Convention on Biological Diversity. Im Internet: www.cbd.int/doc/world/eur/eur-nr-04-en.pdf
- Europäische Kommission (2011a): Natura 2000 Barometer. Im Internet: <http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/barometer/>
- Europäische Kommission (2009): Zusammenfassender Bericht über den Erhaltungszustand von Arten und Lebensraumtypen gemäß Artikel 17 der Habitatrichtlinie. Brüssel.
- Europäische Kommission (2010): Abschlussbewertung der Umsetzung des Gemeinschaftlichen Aktionsplans zur Erhaltung der biologischen Vielfalt 2010 (KOM(2010) 548 endgültig). Brüssel.
- Europäische Kommission (2010a): Rede von EU-Kommissionspräsident Barroso vor der UN-Generalversammlung am 22. September 2010 zur biologischen Vielfalt (SPEECH/10/471). Im Internet: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/471&format=HTML&aged=1&language=EN&guiLanguage=en>
- Europäische Kommission (2011): Lebensversicherung und Naturkapital: Eine Biodiversitätsstrategie der EU für das Jahr 2020 (KOM(2011) 244 endgültig). Brüssel.
- Europäische Kommission (2011b): Financing Natura 2000 – Investing in Natura 2000: Delivering benefits for nature and people (SEC(2011) 1573 final). Brüssel.
- Europäische Kommission (2011c): Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik. Brüssel.
- Europäische Kommission (2012): Umweltpolitik: Weniger Kosten und mehr Umweltschutz durch bessere Rechtsanwendung. Pressemitteilung vom 07.03.2012.
- European Environmental Agency (2010): EU 2010 Biodiversity Baseline. EEA Technical Report No 12/2010. Kopenhagen.
- European Environmental Agency (2010a): The European environment – state and outlook 2010: synthesis. Kopenhagen.
- European Environmental Agency (2011): Landscape fragmentation in Europe. EEA Report No 2/2011. Kopenhagen.
- European Environmental Agency (2011a): Green infrastructure and territorial cohesion: The concept of green infrastructure and its integration into policies using monitoring systems. EEA Technical Report No 18/2011. Kopenhagen.



- FOREST EUROPE, European Commission and UNECE/FAO (2011): State of Europe's Forests 2011: Status & Trends in Sustainable Forest Management in Europe. Im Internet: www.unece.org/forests/fr/outputs/soef2011.html
- Häusler A. & Scherer-Lorenzen M. (2002): Nachhaltige Forstwirtschaft in Deutschland im Spiegel des ganzheitlichen Ansatzes der Biodiversitätskonvention. BfN-Skripten 62.
- IEEP, WWF, GHK (2011): Assessment of Natura 2000 co-financing arrangements of the EU financing instrument. Brüssel.
- Lugschitz B., Bruckner M., Giljum S. (2012): Europe's Global Land Demand. Sustainable Europe Research Institute (SERI). Im Internet: http://seri.at/wp-content/uploads/2011/10/Europe_Global_Land_Demand_Oct11.pdf
- Meyer P., Schmidt M., Spellmann H., Bedarff U., Bauhus J., Reif A., Späth V. (2011): Aufbau eines Systems nutzungsfreier Wälder in Deutschland. Natur und Landschaft (6/11): 243–249.
- NABU (2011): Naturschutz zahlt sich aus – Empfehlungen für einen zukunftsfähigen EU-Haushalt. Berlin. Im Internet: www.NABU.de/downloads/EU-Haushalt.pdf
- NABU (2012): 20 Jahre, 20 Prozent – Wie weiter mit Natura 2000? Berlin. Im Internet: www.NABU.de/imperia/md/content/nabude/naturschutz/hintergrundpapier_n2k-gipfel.pdf
- NABU (2012a): Masterplan 2020 – NABU-Aktionsplan für die biologische Vielfalt in Deutschland. Berlin. Im Internet: www.NABU.de/imperia/md/content/nabude/biodiv/masterplan-2020.pdf
- NABU (2012b): Natur- und Artenschutz in Deutschland 2012 – Eine Kurzanalyse des NABU. Berlin. Im Internet: www.NABU.de/imperia/md/content/nabude/artenschutz/nabu-analysenaturundartenschutz2012.pdf
- NABU (2012c): Vogelschutz an Strommasten – NABU zieht ernüchternde Bilanz bei der Umrüstung. Pressemitteilung vom 26.06.2012. Im Internet: www.NABU.de/tiereundpflanzen/voegel/forschung/stromtod/14968.html
- Network Forum on Biodiversity Research Germany (2012): Scientific Arguments for a biodiversity richer Common Agriculture Policy (CAP). Factsheet June 2012. Im Internet: www.biodiversity.de/images/stories/Downloads/agrar/Biodiversity%20community%20on%20the%20CAP-Reform%20June%202012.pdf
- Renewables Grid Initiative (2011): European Grid Declaration on Electricity Network Development and Nature Conservation in Europe. Im Internet: http://renewables-grid.eu/uploads/media/EU_Grid_Decl_signed_June_2012_02.pdf
- RSPB (2011): Seeds of Success. How Agri-Environment Can Yield Results For Nature And Farming. Im Internet: Teil 1: www.birdlife.org/eu/pdfs/AEbrochurefinalpart1.pdf
Teil 2: www.birdlife.org/eu/pdfs/AEbrochurefinal2.pdf
- Shine C., Kettunen M., Genovesi P., Essl F., Gollasch S., Rabitsch W., Scalera R., Starfinger U., ten Brink P. (2010): Assessment to support continued development of the EU Strategy to combat invasive alien species. Final Report for the European Commission. Institute for European Environmental Policy (IEEP), Brüssel.
- Standing Committee of the Bern Convention on the illegal killing, trapping and trade of wild birds (2011): Larnaca Declaration and Recommendation No 155.
- TEEB (2010): The Economics of Ecosystems and Biodiversity. Im Internet: www.teebweb.org
- Veen P. et al. (2010): Virgin forests in Romania and Bulgaria: results of two national inventory projects and their implications for protection. Biodiversity and Conservation (19): 1805 – 1819.
- Wilson J.B., Peet R.K., Dengler J., Pärtel M. (2012): Plant species richness: the world records. Journal of Vegetation Science (23): 796 – 802.

Stand: September 2012

Internet

www.NABU.de
www.NABU.de/themen
www.NABU.de/biologischevielfalt
www.birdlife.org
<http://ec.europa.eu/environment/nature/biodiversity/comm2006/2020.htm>
www.cbd.int

NABU vor Ort

NABU-Bundesverband

Charitéstraße 3, 10117 Berlin
Tel. 030.28 49 84-0
Fax 030.28 49 84-20 00
NABU@NABU.de
www.NABU.de

NABU Baden-Württemberg

Tübinger Straße 15, 70178 Stuttgart
Tel. 07 11.9 66 72-0
Fax 07 11.9 66 72-33
NABU@NABU-BW.de
www.NABU-BW.de

NABU Niedersachsen

Alleestraße 36, 30167 Hannover
Tel. 05 11.91 10 5-0
Fax 05 11.91 10 5-40
Info@NABU-Niedersachsen.de
www.NABU-Niedersachsen.de

NABU-Partner Bayern – Landesbund für Vogelschutz (LBV)

Eisvogelweg 1, 91161 Hilpoltstein
Tel. 0 91 74.47 75-0
Fax 0 91 74.47 75-75
Info@LBV.de
www.LBV.de

NABU Nordrhein-Westfalen

Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf
Tel. 02 11.15 92 51-0
Fax 02 11.15 92 51-15
Info@NABU-NRW.de
www.NABU-NRW.de

NABU Berlin

Wollankstraße 4, 13187 Berlin
Tel. 030.9 86 41 07 oder 9 86 08 37-0
Fax 030.9 86 70 51
LvBerlin@NABU-Berlin.de
www.NABU-Berlin.de

NABU Rheinland-Pfalz

Frauenlobstraße 15–19, 55118 Mainz
Tel. 0 61 31.1 40 39-0
Fax 0 61 31.1 40 39-28
Kontakt@NABU-RLP.de
www.NABU-RLP.de

NABU Brandenburg

Lindenstraße 34, 14467 Potsdam
Tel. 03 31.2 01 55-70
Fax 03 31.2 01 55-77
Info@NABU-Brandenburg.de
www.NABU-Brandenburg.de

NABU Saarland

Antoniusstraße 18, 66822 Lebach
Tel. 0 68 81.93 61 9-0
Fax 0 68 81.93 61 9-11
LGS@NABU-Saar.de
www.NABU-Saar.de

NABU Bremen

Contrescarpe 8, 28203 Bremen
Tel. 04 21.3 39 87 72
Fax 04 21.33 65 99 12
Info@NABU-Bremen.de
www.NABU-Bremen.de

NABU Sachsen

Löbauer Straße 68, 04347 Leipzig
Tel. 03 41.23 33 13-0
Fax 03 41.23 33 13-3
Landesverband@NABU-Sachsen.de
www.NABU-Sachsen.de

NABU Hamburg

Osterstraße 58, 20259 Hamburg
Tel. 040.69 70 89-0
Fax 040.69 70 89-19
NABU@NABU-Hamburg.de
www.NABU-Hamburg.de

NABU Sachsen-Anhalt

Schleinufer 18a, 39104 Magdeburg
Tel. 03 91.5 61 93-50
Fax 03 91.5 61 93-49
Mail@NABU-LSA.de
www.NABU-LSA.de

NABU Hessen

Friedenstraße 26, 35578 Wetzlar
Tel. 0 64 41.6 79 04-0
Fax 0 64 41.6 79 04-29
Info@NABU-Hessen.de
www.NABU-Hessen.de

NABU Schleswig-Holstein

Färberstraße 51, 24534 Neumünster
Tel. 0 43 21.5 37 34
Fax 0 43 21.59 81
Info@NABU-SH.de
www.NABU-SH.de

NABU Mecklenburg-Vorpommern

Arsenalstraße 2, 19053 Schwerin
Tel. 03 85.7 58 94 81
Fax 03 85.7 58 94 98
LGS@NABU-MV.de
www.NABU-MV.de

NABU Thüringen

Leutra 15, 07751 Jena
Tel. 0 36 41.60 57 04
Fax 0 36 41.21 54 11
LGS@NABU-Thueringen.de
www.NABU-Thueringen.de



Im Jahr 2010 verabschiedete die EU eine ambitionierte Strategie zur Rettung der biologischen Vielfalt. Bis 2020 soll der Artenschwund nicht nur gestoppt, sondern auch die Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme begonnen werden. Der vorliegende erste Fortschrittsbericht von NABU und BirdLife zeigt, dass es trotz einiger Fortschritte im Naturschutz entscheidend von den Ergebnissen der laufenden EU-Agrar- und Haushaltsverhandlungen für 2014 bis 2020 abhängen wird, ob wir eine Chance haben, dieses wichtige Ziel zu erreichen.